Der Preußische Minister

für

Landwirtschaft, Domanen und Forften.

Geschäfts-Ur. III R 178 - 8.

Berlin W9, den 19.März 1932. Leipziger Play 10. Drahtanschrift: Candministerium Berlin

Bet weiterem Schriftmechfel ift porftebende Befchaftsnummer anzugeben.

Aufhebung der Forsteinrichtungsanstalten.

Nach der Zweiten Sparverordnung vom 23.Dezember 1931 (Gesetzsamml.S.293) werden die Forsteinrichtungsanstalten mit dem 1.April 1932 aufgehoben. Da sich zurzeit keine Möglichkeit bietet, Sie anderweit zu verwenden, bin ich zu meinem Bedauern genötigt, Sie gemäß § 28 der genannten Verordnung zum 1.April 1932 auf Wartegeld zu setzen.

Die Höhe des gesetzlichen Wartegeldes wird noch festgesetzt und Jhnen mitgeteilt werden.

Sie bleiben auch nach Jhrer Versetzung in den einstweiligen Ruhestand im Beamtenverhältnis und unterliegen den Vorschriften der Verordnung vom 26.Februar 1919 (Gesetzsamml.S.33) mit den dazu ergangenen oder noch ergehenden Änderungen. Jch behalte mir vor, Sie gemäß § 29 der Zweiten Sparverordnung wieder zu verwenden, sobald eine geeignete Stelle frei wird.

Sollten die Voraussetzungen für den Übertritt in den dauernden Ruhestand eintreten, während Sie Wartegeld beziehen, so finden die Vorschriften des Zivilruhegehaltsgezetzes Anwendung.

An

den Oberforstmeister der Forsteinrichtungsanstalt Berlin Herrn Rave

in

Berlin (im Hause).

Gegen Behändigungsschein.

That Paculineur der Preußischen Zau und finansdirection

Breukiiche Regierung.

Kernruf Grundtarte Buchft. Ar. (Personalnummer) Diefe Beichen find in allen Eingaben anzugeben, bie fich auf ihre Berforgungegebuhrniffe beziehen.

ist angewiesen, ezüge vom 1. April 1932 monatlich im voraus an Sie zu zahlen. Bei den Zahlungen wird die Steuer abgezogen.

Berforgungsbezüge			My folt.		V. 10			
Iahresbetrag des			France	Rinder=	Örtlicher Sonder=	Monats=	Gesetlicher	Bleiben
Shuby gehalts	Wartegeldes (der Elbergangs- gebührniffe)	Monats= betrag	monatives	beihilfe monatlich	zuschlag nionatlich	betrag aller Bezüge zusammen	Apand	zu zahlen
ЯМ	ЯМ	RM Rol	RM App	RK 19:14	RM RN	RM (RM	RM RM	RM RM
10.600, ov	_	883 34	132 00	30 00	26 50	1.071 84	211 70	86014

Bezüge werden Ihnen im Postscheckverkehr Assten-übersandt. Sie haben für jedes Rechnungsjahr nach Empfang der letten Zahlung, also im März, eine gehörig bescheinigte Tahresquittung nach bem vorgeschriebenen Muster der zahlenden Kasse einzureichen, da sonst die Whsendung des nächsten Fälligskeitsbetrages vorsäussig unterbleibt. Die Lebensbescheitungung auf der Zahresquittung kann abgegeben werden: von einer deutschen Polizeibehörde, von einer anderen öffentlichen Behörde oder von einem Beamten, der berechtigt ist, ein Dienstliegel zu führen, kanner machten Gastischau unter Mehdischung der Greden ferner von einem Geistlichen unter Beidrückung des Kirchen fieaels.

Wer ein eigenes Postscheckfonto oder ein Konto bei einer Bant ober Spartaffe hat, die an den Reichsbankgiro- ober Boft-schedverkehr angeschlossen ift, kann die Bezüge auch auf sein Postschrecker angeschlossen ist, kann die Bezuge auch auf sein sofisches, Banks oder Sparkassenton überweisen lassen. Er muß dies einmal schriftlich bei der zahlenden Kasse beantragen und für jedes Rechnungsjahr, nachdem der letzte Teilbetrag seinem Konto gutgeschrieben ist, also im März, der Kasse vorschriftsmäßige Iahresquittung einsenden. Bordruck zu den Anträgen werden von den Kassenern Megkatung wird, noch auf kassenern Megkatung wird, noch auf kassenern Megkatung wird, noch auf kassener hinges

Bur besonderen Beachtung wird noch auf folgendes binge-wiesen:

A. Bezug eines neuen Diensteinkommens oder einer anderweitigen Versorauna.

1. Das Recht auf den Bezug des Ruhegehalts*) ruht, wenn und solange ein Rubegehaltsempfänger aus der Berwendung im Reichs-, Staats- oder in einem sonstigen öffentlichen Dienst um seichs-, Staats- oder in einem sonstigen öffentlichen Diensteinstein Diensteinstommen bezieht, insoweit, als der Betrag diese neuen Diensteinkommens unter Hinzwechung des Auhegehalts den Betrag des von dem Beamten vor der Zurruhesehung bezogenen Diensteinkommens übersteigt. Als Berwendung im Reichs-, Staats- oder in einem sonstigen öffentlichen Dienst gilt ohne Rücksich auf die Art und Dauer der Beschäftigung jede Tätigkeit, für die eine Bergütung gewährt wird, die ganz oder zum Teil unmittelbar oder mittelbar aus öffentlichen Mitteln slieht. Ob es sich um eine Berwendung als Beamter oder um ein privatrechtliches Dienstwerhältnis handelt, ist gleichgaltig. Schensosit die Rechtsstellung des Arbeitgebers belanglos.

In Befracht kommt jede Anstellung und jede — wenn auch nur vorübergehende — Beschäftigung im Reichs- oder Staatsdienst, im Dienst einer Landse, einer städtlichen oder ländlichen Gemeinde, einer Kreis- oder Provinzialverwaltung, bei den Sembells-, Landwirtschafts- und Handwerfstammern, den Krantenkassen, Landwirtschafts- und Handwerfstammern, den Krantenkassen, Landwirtschafts- und Handwerfstammern, den Krantenkassen, Landwirtschaften, im Dienst der Deutschen Reichsbahn, der Reichsband, der Beutschen, keiner kerksichte der Kreissenden under Rentenbant um., serner bei Unternehmen,

bank, der Deutschen Kentenbank usw., ferner bei Unternehmen, an denen das Reich (ein Land, eine Gemeinde oder eine sonst als öffentlich geltende Einrichtung) in privatrechtlicher Gesell-

schaftsform mit Kapitalanlage beteiligt ist (3. B. bei vom Reich, einem Lande usw. ober unter beren Beteiligung gegründeten Gesellschaften, wie die Deutschen Werke, die aus staatlichem Bergwertsbesig gebildeten Attiengesellschaften, die Giedlungsgesellschaften usw.).

wertsbelig gebildeten Aftiengelellichaften, die Siedlungsgelellschaften usw.).
Ebenso ist auf den Bezug des Ruhegehalts von Einfluß der gleichzeitige Bezug einer anderweit im Reichs-, Staats- oder in einem sonstigen össenklichen Dienst erdienten Bersorgung.

2. Iede Anstellung oder Beschäftigung und jede anderweite Bersorgung im Sinne der Ississer und jede anderweite Bersorgung im Sinne der Assis den vorgeletten Behörde anzeigen. Dadei ist der Betrag des neuen Diensteinkommens oder der anderweiten Bersorgung und auch der Zeitpunkt anzugeben, von dem an diese bezogen werden. Ein Unterlassen dieser Anzeigen oder unrichtige Angaben können straftechtliche Bersosgung nach sich ziehen. Ist der Ruhegehaltsempfänger in Zweisel, ob sein neues Einkommen oder die anderweite Bersorgung aus öffenklichen Mitteln sließt, so liegt es im eigenen Interesse des Ruhegehaltsempfängers, das neue Einkommen oder die anderweite Bersorgung der im Sag 1 genannten Dienstelle anzuzeigen und ihre Entschedung nachzuluchen.

3. Auch wenn nach den früher geltenden Borschriften eine Anzeige nicht erforderlich war, nust diese jeht erstatet werden, ohne Küchsich darauf, wie lange der Ruhegehaltsempfänger bereits sich in der neuen Dienststelle befindet oder eine anderweite Bersorgung bezieht.

Berforgung bezieht.

*) Für Wartegeldempfänger und Empfänger von Abergangsgebührnissen ist statt "Ruhegehalt", "Ruhegehaltsempfänger" usw. Wartegeld", "Wartegeldempfänger", "Abergangsgebührnisse", "Empfänger von Abergangsgebührnissen" usw. zu lesen. Die Borschriften gelten auch für weibliche Ruhegehalts- und Wartegeldempfänger. **Itets**

Nr. 7. Mitteilung an den Empfangsberechtigten über Anweisung eines Zivilruhegehalts, Wartegeldes usw. (Hannover 1931). 12 000. Bebrüber Sanede, Bannover.

B. Kinderbeihilfe.

1. Die Kinderbeihilfe wird für Rinder vom vollendeten 16.

bis zum vollendeten 21. Lebensjahr nur gewährt, wenn sie 1. sich in der Schulausbildung oder in der Ausbildung für einen fünftig gegen Entgelt auszuübenden Lebensberuf

befinden und nicht ein eigenes Einkommen von mindestens monatlich

30 AM. haben. 2. Eine Ausbildung, die nach Art und Umfang lediglich zur eigenen Bervollkommnung dienen kann, ohne daß sie die Grundlage einer späteren entgelitichen Berufsaussibung bilden soll, 3. B. der Besuch von Kochs, Plätts, Rähs, Sticks oder Juschneideskursen, sowie die Teilnahme an Musiks, Gelangs und Malstunden, ift nicht als Berufsaussiblung anzusehen. Das gleiche gilt für eine Ausbildung im Hause, im Geschäftss oder Gewerbebetrieb sowie in der Landwirtschaft der Ettern.

3. Hür Kinder, die wegen körperlicher oder geistiger Gebrechen dauerd erwerdsunfähig sind und die nicht ein eigenes Einkommen von mindestens monatlich 30 RM. haben, wird die Kinderbeihilse ohne Kücksicht auf das Lebensalter weitergewährt. Die dauernde Erwerdsunfähigkeit ist durch ein amtsärztliches

Beugnis nachzuweisen.
4. Eigenes Einkommen des Kindes ist nicht nur das Einkommen, von dem das Kind selbst Steuern zu entrichten hat, sondern auch das bei einem anderen Steuerpflichtigen mitberückslichtigte Einkommen des Kindes. Das Einkommen aus Kindesvermögen, an welchem dem Bater oder der Mutter kaft der elterlichen Gewalt die Auhniehung zusteht, gilt ebenfalls als eigenes Einkommen des Rindes. Jum Einkommen zählen auch Sachbezüge jeder Art, z. B. die freie Station solcher Kinder, die bei einem Lehrherrn, in der Landwirtschaft, im Geschäft oder in einem Gewerbe tätig sind. Vom Lohn oder Gehalt dürsen nur die Kranken-, Invaliden- oder Angestelltenversicherungsbeiträge abgezogen werden.

5. Als eigenes Einkommen des Rindes gelten nicht Gebühr= misse an Waisengeld oder Waisenrente, die etwa für ein Kind auf Grund eines Bersorgungsgesehes aus Witteln des Reichs, eines Landes oder einer sonstigen öffentlichen Körperschaft gezahlt

6. Bollendet ein Kind das 16. Lebensjahr, so müssen die für den Weiterbegug der Kinderbeihilse und deren Höhe maßgebenden Berhältnisse schriftlich dargelegt und die Angaben auf Berlangen glaubhaft gemacht werden, da sonst die Zahlung der Beihilse für das betreffende Kind eingestellt wird.

7. Jede Tatsache, die eine Herabsetzung oder die Einstellung der Zahlung der Kinderbeihilse zur Folge hat, ift unverzüglich schriftlich anzuzeigen. Insbesondere besteht die Berpflichtung

aur sofortigen Anzeige in folgenden Fällen:

a) wenn ein Kind stirbt, wenn eine Tochter sich verheiratet
(Sterbetag, Tag der Berheirafung ist anzugeben),
b) wenn ein über 16 Jahre altes Kind seine Schul- oder Berufsarkilding kennlick her altes Kind seine Schul- oder Berufs-

ausbildung beendigt hat, wenn ein über 16 Jahre altes Kind ein eigenes Einkommen von monatlich 30 RM. oder mehr hat.

8. **Bis zum 15. März** jedes Jahres hat der Ruhegehalts-(Wartegeld-)empfänger(-in) oder der Empfänger von Übergangs-gebührnissen eine Erklärung abzugeben, daß die für den Bezug und die Höhe der angewiesenen Kinderbeihilse maßgebenden Verhältnisse im abgelausenen Rechnungssahre unverändert fort-bestanden haben und weiterhin sortbestehen.

C. Frauenbeihilfe.

1. Die Frauenbeihilse sieht nur noch den zum 1. Oktober 1927 oder zu einem früheren Zeitpunkt in den dauernden oder einstweiligen Rubestand versetzet verheirateten und verwitweten

2. Sobald die für die Gewährung der Frauenbeihilfe maßgebend gewesenen Berhältnisse sich andern, ist unverzüglich Mitteilung zu machen (z. B. im Falle des Todes der Chefean, der
Scheidung, oder wenn die Chefrau Gehalt Copin oder Bersors gungsbezüge aus Mitteln des Reiche, eines Landes oder einer sonstigen öffentlichen Körpperickst erhält).

3. Tritt der Fatt ein, daß die Cheleute nicht mehr zusammen, sondern gefrennt leben, so bedarf es einer erneuten Prüfung, ob die Frauenbeihilse gezahlt werden kann.

Berwitwete oder schuldlos geschiedene Nubegehalts-(Wartegelds)empsänger erhalten nur dann die Frauenbeihisse, wenn sie im eigenen Hausstande für den vollen Unterhalt mitwelstens eines Kindes aufsommen, sur das sie die gesetliche Kinderbeihisse des ziehen die Führung eines eigenen Haushalts allein genügt aus nicht!

4. Bis zum 15. März jedes Iahres hat der Ruhegehalts-(Wartegeld-)ennpfänger eine Erklärung abzugeben, daß die für den Bezug der angewiesenen Frauenbeihilfe maßgebenden Ber-hältnisse im abgelausenen Rechnungsjahre unverändert fort-bestanden haben und weiterhin fortbestehen.

D. Veränderung des Wohnsikes.

Sobald Sie Ihren Wohnsig nach einem anderen Orte verlegen, ist dies sofort der Kasse mitzuteilen, die bisher Ihre Gebührnisse gezahlt hat. Dabei ist auch die Wohnung an dem neuen Wohnort anzugeben. Die bisher zahlende Kasse veransatt dann die Aberweisung der Gebührnisse zur Weiterzahlung auf die für den neuen Wohnort zuständige Rasse.

E. Wechsel der Wohnung.

Jeden Wechsel Ihrer Wohnung haben Sie der Rasse alsbald mitzuteilen, damit nicht die Gebührnisse mit unzutreffender

Wohnungsangabe abgesandt werden und als unbestellbar zurücktommen.

F. Allgemein.

Sollten Sie eine Ihnen obliegende Anzeigepflicht versäumen und infolgebessen guviel gegahlt erhalten, so können Gie nicht einwenden, daß der überhobene Betrag verbraucht sei und Gie

nicht mehr bereichert seien. Stets sind Sie nach ausbrucklicher gesetlicher Borichrift gur Zurudgahlung verpflichtet.

Im Auftrage:

Breußische Regierung. Grundtarte Buchft. Nr. (Personalnummer) Diefe Beiden find in allen Eingaben anzugeben, Ihre Verforgungsgebührniffe beziehen. Die Nn ift angewiesen, folgende Bersorgungsbezüge vom 1. Trili 1932. ab monatlich im voraus an Sie zu zahlen. Bei den Zahlungen wird die Steuer abgezogen. Berforgungsbezüge Örtlicher Monats= Iahresbetrag des Rinber= Frauen= S feglicher Bleiben Sonderbetraa beihilfe beihilfe Monat Wartegeldes zuschlag aller Bezüge **l**bzug zu zahlen monatlich monatlidy Ruhegehalts (der-tibermangsmonatlich **zusammen** gebührmiffe) 30

Die Bezüge werden Ihnen im Politicheavertehr auf Ihre Kosten übersandt. Sie haben für jedes Rechnungssahr nach Empfang der letten Zahlung, also im März, eine gehörig bescheinigte jang ver iegten zahlung, also im Warz, eine gehorig bescheinigte Jahresquittung nach dem vorgeschriebenen Muster der zahlenden Kasse einzureichen, da sonst die Absendung des nächsten Fälligkeitsbetrages vorsäufig unterbleibt. Die Lebensbescheinigung auf der Jahresquittung kann abgegeben werden: von einer deutschen Polizeibehörde, von einer anderen öffentlichen Behörde oder von einem Beamten, der berechtigt ist, ein Dienstsiegel zu führen, serner von einem Geistlichen unter Beidrückung des Kirchenstegels. fiegels

Es steht Ihnen auch frei, die Bezüge auf der Kasse gegen Quittung abzuheben. Sie mussen dann aber die Kasse davon

in Renntnis setzen, daß Sie die Zusendung der Bezüge nicht wünschen.

Wer ein eigenes Postschedfonto oder ein Konto bei einer Bant oder Spartasse hat, die an den Reichsbantgiro- oder Postschedwerkehr angeschlossen ist, kann die Bezüge auch auf sein Postschedwerkehr angeschlossen ist, kann die Bezüge auch auf sein Postschedwerkehr icheck. Bants oder Sparkassentonto überweisen lassen. Er muß dies einmal schriftlich bei der zahlenden Kasse beantragen und für jedes Rechnungsjahr, nachdem der letzte Teilbetrag seinem vies einmal schriftlich bei der zahlenden Kasse beantragen und für sedes Kechnungssahr, nachdem der letzte Teilbetrag seinem Konto gutgeschrieben ist, also im März, der Kasse volchriftsmäßige Tahresquittung einsenden. Bordruck zu den Anträgen werden von den Kassen unentgestisch abgegeben.

Zur besonderen Beachtung wird noch auf solgendes hingewiesen:

A. Bezug eines neuen Diensteinkommens oder einer anderweitigen Versorgung.

1. Das Recht auf den Bezug des Ruhegehalts*) ruht, wenn und solange ein Ruhegehaltsempfänger aus ber Berwendung im Reichs-, Staats- oder in einem sonstigen öffentlichen Dienst im Keichs-, Staats- oder in einem sonstigen öffentlichen Dienst ein Diensteinkommen bezieht, insoweit, als der Betrag diese neuen Diensteinkommens unter Sinzurechnung des Aubegehalts den Betrag des von dem Beamten vor der Jurruhesehung bezogenen Diensteinkommens übersteigt. Als Berwendung im Reichs-, Staats- oder in einem sonstigen öffentlichen Dienst gilt ohne Rücksicht auf die Art und Dauer der Beschäftigung sede Tätigkeit, für die eine Bergütung gewährt wird, die ganz oder zum Teil unnntiteldar oder mittelbar aus öffentlichen Mitteln slieht. Ob es sich um eine Berwendung als Beamter oder um ein privatrechtliches Dienstverhältnis handelt, ist gleichgültig. Ebensosit die Rechtsstellung des Arbeitgebers belanglos.

In Betracht kommt jede Anstellung und jede — wenn auch nur vorübergehende — Beschäftigung im Reichs- oder Ländlichen Gemeinde, einer Kreis- oder Provinzialverwaltung, bei den Einrichtungen der Reichsversicherungen, bei den Handels-, Landwirtschafts- und Handwerfskammern, den Krankenkassen. Landwirtschafts- und Bandwerfskammern, den Krankenkassen. Landwirtschaften, dei ner Ardenskassen. Berbänden und Bereinigungen, den Berufsgenossensschafte, im Kirchendienst, im Dienst der Deutschaft Reichsbahn, der Reichssenschlicht, der Reichssahn, der Reichssenschlicht, der Reichssahn, der Reichssahn, der Reichss

Kirchendienst, im Dienst der Deutschen Reichsbahn, der Reichsbant, der Deutschen Rentenbant usw., ferner bei Unternehmen, an denen das Reich (ein Land, eine Gemeinde oder eine sonst öffentlich geltende Einrichtung) in privatrechtlicher Gesellschaftssorm mit Kapitalanlage beteiligt ist (3. B. bei vom Reich, einem Laude usw. oder unter deren Beteiligung gegründeten Gesellschaften, wie die Deutschen Werte, die aus staatlichem Bergwertsbesitz gebildeten Attiengesellschaften, die Siedlungsgesellschaften usw.).

wertsbeig gebilderen Attiengesellschaften, die Gebilingsgesellsschaften usw.).
Ebenso ist auf den Bezug des Ruhegehalts von Einfluß der gleichzeitige Bezug einer anderweit im Reichs-, Staats- oder in einem sonsitigen öffentlichen Dienst erdienten Bersorgung.

2. Iede Anstellung oder Beschäftigung und jede anderweite Bersorgung im Sinne der Jiffer 1 muß daher der Ruhegehaltsempfänger sofort der Rasse der der Rasse vonzeigen. Dabei ist der Bertrag des neuen Diensteinkommens oder der anderweiten Bersorgung und auch der Zeitpunkt anzugeben, von dem an diese bezogen werden. Ein Unterlassen dieser Anzeigen oder unrichtige Angaben können strafrechtliche Verfolgung nach sich ziehen. Ist der Ruhegehaltsempfänger in Zweisel, ob sein neues Einkommen oder die anderweite Bersorgung der im Sah zeinkommen oder die anderweite Bersorgung der im Sah zeinkommen der die nach weiter Bersorgung der im Sah zeinkommen der die nach weiter Bersorgung der im Sah zeinkommen der die nach einkommen der die nach einkommen der die nach der einkommen der Ruhegehaltsempfänger dereits sich in der neuen Dienststelle befindet oder eine anderweite Bersorgung bezieht.

Versorgung bezieht.

^{*)} Für Wartegeldempfänger und Empfänger von Abergangsgebührnissen ist flatt "Ruhegehalt", "Ruhegehaltsempfänger" usw. "Wartegeld", "Wartegeldempfänger", "Abergangsgebührnissen und Abergangsgebührnissen und Bergangsgebührnissen und Bartegeldempfänger.

Rr. 7. Mitteilung an den Empfangsberechtigten über Anweisung eines Zivilruhegehalts, Wartegeldes usw. (Hannover 1931). Gebrüber Sanede, Bannover.

B. Kinderbeihilfe.

1. Die Kinderbeihilse wird für Kinder vom vollendeten 16. bis zum vollendeten 21. Lebensjahr nur gewährt, wenn sie 1. sich in der Schulausbildung oder in der Ausbildung für einen kinftig gegen Entgelt auszuübenden Lebensberuf hefinden und

2. nicht ein eigenes Einkommen von mindestens monatlich

30 MM. haben

2. Eine Ausbildung, die nach Art und Umfang lediglich gur 2. Eine Ausbildung, die nach Art und Umfang lediglich zur eigenen Bervollkommung dienen kann, ohne daß sie die Grundlage einer späteren entgelklichen Berufsausübung dilden soll, 3. B. der Besuch von Roche, Plätte, Nähe, Stick oder Zuschneidefursen, sowie die Teilnahme an Musite, Gesange und Malstunden, ist nicht als Berufsausbildung anzusehen. Das gleiche gilt für eine Ausbildung im Hause, im Geschäftse oder Gewerbebetried sowie in der Landwirtschaft der Estern.

3. Für Kinder, die wegen körperlicher oder gesstiger Gebrechen dauerd erwerbsunfähig sind und die nicht ein eigenes Einkommen von mindestens monatlich 30 RM. haben, wird die Kinderbeihisse ohne Kücklicht auf das Lebensalter weitergewährt. Die dauernde Erwerbsunfähigkeit ist durch ein amtsätzliches Zeugnis nachzuweisen.

Zeugnis nachzuweisen.

4. Eigenes Einkommen des Rindes ist nicht nur das Ein-4. Eigenes Einkommen des Kindes ist nicht nur das Einstommen, von dem das Kind selbst Steuern zu entrichten hat, sondern auch das bei einem anderen Steuerpflichtigen mitberüdslichtigte Einkommen des Kindes. Das Einkommen aus Kindesvermögen, an welchem dem Bater oder der Mutter kraft der elterlichen Gewalt die Kuhniehung zusteht, gilt ebenfalls als eigenes Einkommen des Kindes. Zum Einkommen zählen auch Sachbezüge jeder Art, z. B. die freie Station solcher Kinder, die bei einem Lehrherrn, in der Landwirtschaft, im Geschäft oder in einem Gewerbe tätig sind. Bom Lohn oder Gehalt dürsen nur die Kranken-, Invaliden- oder Angestelltenversicherungsbeiträge abgezogen werden.

5. Als eigenes Einkommen des Rindes gelten nicht Gebührnisse an Waisengeld oder Waisenrente, die etwa für ein Kind auf Grund eines Bersorgungsgesetzes aus Mitteln des Reichs, eines Landes oder einer sonstigen öffentlichen Körperschaft gezahlt merden.

6. **Bollendet ein Kind das 16. Lebensjahr**, so müssen die für den Weiterbegug der Kinderbeihilse und deren Höhe maßgebenden Berhältnisse schriftlich dargelegt und die Angaben auf Berlangen glaubhaft gemacht werden, da sonst die Zahlung der Beihilse für das betreffende Kind eingestellt wird.

7. Isde Tatsabe, die eine Herabsehung oder die Einstellung der Zahlung der Kinderbeihilfe zur Fosge hat, ist unverzigsich schriftlich anzuzeigen. Insbesondere besteht die Berpflichtung zur sofortigen Anzeige in folgenden Fällen:
a) wenn ein Kind stirbt, wenn eine Tochter sich verheiratet (Sterbetag, Tag der Berheiratung ist anzugeben),
b) wenn ein über 16 Tahre altes Kind seine Schuls oder Berufssachsischuse kennsch der

nem ein über 16 Jahre altes Kind ein eigenes Einkommen von monatlich 30 NM. oder mehr hat.

8. Bis zum 15. März jedes Jahres hat der Ruhegehalts-(Wartegeld-)empfänger(-in) oder der Empfänger von Abergangs-gebührnissen eine Erklärung abzugeben, daß die für den Bezug und die Höhe der angewiesenen Kinderbeihilse maßgebenden Berbältnisse im abgelausenen Rechnungssahre unverändert sortbestanden haben und weiterhin fortbestehen.

C. Frauenbeihilfe.

1. Die Frauenbeihilse steht nur noch den zum 1. Oktober 1927 oder zu einem früheren Zeitpunkt in den dauernden oder einstweiligen Ruhestand versetzen verheirateten und verwitweten männlichen Beamten zu.

2. Sobald die für die Gewährung der Frauenbeihilse maßzebend gewesenen Berhältnisse sich dandern, ist unverzüglich Mittellung zu machen (3. B. im Falle des Todes der Ehefrau, der

Scheidung, oder wenn die Chefrau Gehalt, Lohn oder Bersorgungsbezüge aus Mitteln des Reichs, eines Landes oder einer sonstigen öffentlichen Körperschaft erhält).

3. Tritt der Fall ein, daß die Cheleute nicht mehr zusammen, sondern getrennt leben, so bedarf es einer erneuten Prüfung, ob die Frauenbeihilfe gezahlt werden kann.

Berwitwete oder schuldlos geschiedene Ruhegehalts=(Warte= geld-)empfänger ethalten nut dann die Frauenbeihilfe, wenn sie im eigenen Hausstande für den vollen Unterhalt mindestens eines Kindes aufkommen, für das sie die gesehliche Kinderbeihilfe be-Die Führung eines eigenen Haushalts allein genügt also nicht!

4. Bis zum 15. März jedes Iahres hat der Ruhegehalts-(Wartegeld-)empfänger eine Erklärung abzugeben, daß die für den Bezug der angewiesenen Frauenbeihilse maßgebenden Ber-hältnisse im abgelausenen Rechnungsjahre unverändert fort-bestanden haben und weiterhin fortbestehen.

D. Veränderung des Wohnsikes.

Sobald Sie Ihren Wohnsitz nach einem anderen Orte verlegen, ist dies sofort der Kasse mitzuteilen, die bisher Ihre Gebührnisse gezahlt hat. Dabei ist auch die Wohnung an dem neuen

Wohnort anzugeben. Die bisher zahlende Raffe veranlagt dann die Aberweisung der Gebührnisse zur Weiterzahlung auf die für den neuen Wohnort zuständige Kasse.

E. Wechsel der Wohnung.

Jeden Bechsel Ihrer Wohnung haben Sie der Kasse alsbald mitzuteilen, damit nicht die Gebührnisse mit unzutreffender

Wohnungsangabe abgesandt werden und als unbestellbar zurückfommen.

F. Ullgemein.

Sollten Sie eine Ihnen obliegende Anzeigepflicht versaumen und infolgedessen zweiel gezahlt erhalten, so können Sie nicht einwenden, daß der überhobene Betrag verbraucht sei und. Sie

nicht mehr bereichert seien. Stets sind Sie nach ausdrücklicher gesehlicher Borschrift zur Zurückzahlung verpslichtet.

Ullan